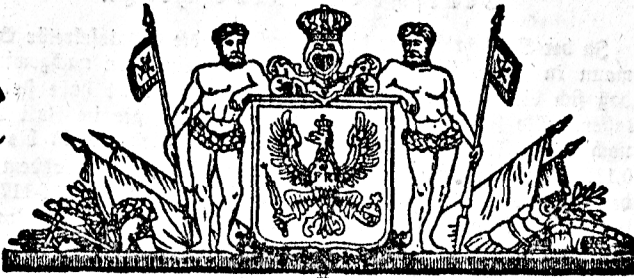


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redaktion (m. Ausn. d. Handelt.): Jul. Eibau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

Die Londoner Konferenz.

Der Standpunkt der Reichsregierung.

Die Einladung zur Londoner Konferenz ist der deutschen Regierung bis zur Stunde nicht zugegangen. Man darf sie aber wohl jeden Tag erwarten. In seiner Rede im Reichstage hat der Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten erklärt, daß, solange die Einladung noch nicht erfolgt sei, die deutsche Regierung zu ihr Stellung nehmen könne. Innerhalb des Kabinetts ist man sich aber bereits vollkommen klar darüber, wie man auf die Einladung reagieren wird.

Sollte sie lediglich die Aufforderung enthalten, qualifizierte Vertreter nach London zu entsenden, dann wird von deutscher Seite zunächst die Frage gestellt werden, welchem Zweck die Londoner Konferenz dienen soll, und ferner, ob die deutschen Vertreter die Beschlüsse der Pariser Konferenz lediglich zur Kenntnis nehmen und nur über die Durchführung eines Diktats gesprochen werden soll oder nicht. In diesem Falle würde die deutsche Regierung es ablehnen, Vertreter nach London zu entsenden.

Es ist kein Zweifel möglich an dem festen Willen der deutschen Regierung, nur dann nach London zu gehen, wenn die Londoner Konferenz eine Art Ersatz für die in Spa zugesagte, nun aber von den Alliierten ausgegebene Genfer Konferenz sein soll. Nur wenn in London zwischen Deutschland und den Alliierten auf dem Boden der Gleichberechtigung verhandelt werden würde und nicht lediglich über die Beschlüsse der Pariser Konferenz, sondern auch auf der Grundlage der deutschen Gegenentwürfe, die in der Regierungserklärung vom Dienstag angekündigt worden sind und in London vorgelegt werden sollen, ist mit einer Teilnahme der deutschen Vertreter zu rechnen.

Bergmann und Brüssel.

Berlin, 4. Februar. (W. L. B.)

Wie wir erfahren, hat der erste Delegierte der deutschen Delegation für Brüssel, Staatssekretär Bergmann, eine Einladung zur Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel auf den 7. Februar erhalten. Herr Bergmann hat geantwortet, daß die deutsche Delegation nicht in der Lage sei, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durcharbeitung der Pariser Beschlüsse beschäftigt sei und hierbei der Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren könne.

*

In der französischen Presse hat man an die Berufung des Staatssekretärs Bergmann nach Berlin Kommentare des Inhalts geknüpft, daß die deutsche Regierung anscheinend nicht die Absicht habe, die Brüsseler Konferenz zu beschicken. Es war in diesem Zusammenhang sogar von einer „Sabotage“ der Brüsseler Konferenz durch Deutschland die Rede. Die Berufung des Staatssekretärs nach Berlin zur Berichterstattung war angesichts der Ereignisse auf der Pariser Konferenz eine Selbstverständlichkeit und stand nicht im Zusammenhang mit der Frage der Brüsseler Konferenz, auf der Deutschland bisher von Staatssekretär Bergmann vertreten gewesen ist. Es trifft allerdings zu, daß die deutsche Regierung nicht die Absicht hat, Staatssekretär Bergmann oder einen anderen Delegierten nach Brüssel zu entsenden, deren Verhandlungen zwischen der Pariser und der Londoner Konferenz keinen praktischen Wert hätten. Der gleichen Auffassung scheinen aber auch die Alliierten zu sein, denn es verlautet, wie bereits mitgeteilt, daß die Brüsseler Konferenz verschoben werden soll.

*

General Nollet, Chef der Interalliierten Militärkommission, hat Paris gestern verlassen, um seinen Posten in Berlin wieder anzutreten.

Türkische Forderungen für London.

Paris, 3. Februar. (W. L. B.)

Nach einer Savas-Meldung aus Konstantinopel wird die türkische Regierung nach Mitteilung der türkischen Presse auf der Konferenz in London folgende Forderungen aufstellen:

1. Aufhebung der Rechte, die Griechenland im Gebiet von Smyrna durch den Vertrag von Sevres eingeräumt werden,
2. Autonomie von Thrazien auf der Grundlage der Nationalitätsrechte,
3. Verbleib der durch den Vertrag von Sevres Armenien zugewiesenen türkischen Gebiete unter der türkischen Souveränität,
4. Abänderung der Wirtschaftsklauseln, die die Souveränität und Unabhängigkeit der Türkei einschränken,
5. Abänderung der militärischen Klauseln in dem Sinne, daß die Türkei das Recht bekommt, eine Armee zu unterhalten, die ihren Verteidigungsbedürfnissen entspricht.

Berichte aus Ungarn besagen, daß der Nationalistische Rat die vollständige Revision der territorialen wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Vertrages von Sevres fordert.

m Athen, 3. Februar.

Zwischen Hallis und Cunaris brach ein Streit aus über die Zusammenfassung der griechischen Mission, die zur Londoner Konferenz gehen soll. Beide beanspruchen, darin den Vorsitz zu führen. Man macht sich auf den Ausbruch

einer Ministerkrise gefaßt, die durch die Bildung eines Kabinetts Cunaris gelöst werden würde. Doch hofft man immer noch auf gütliche Beilegung des Zwistes. Wie aber auch die Mission zusammengefaßt sein wird, so fährt sie auf alle Fälle in der nächsten Woche ab. — Venizelos ist in London eingetroffen.

Lardieu gegen Briand.

Drahtmeldung.

Paris, 3. Februar. (W. L. B.)

In der Kammerdebatte über die Regierungserklärung führte Lardieu aus, der Friedensvertrag von Versailles setze die Zurückzahlung des gesamten Reparationsbetrages voraus, das Abkommen von Paris mache es unmöglich. Nach den Zahlen, die die Regierungsblätter veröffentlicht hätten, werde die Exportquote günstigstenfalls 84 Milliarden Goldmark ergeben, was mit den 226 Milliarden feststehender Jahreszahlungen 310 Milliarden Goldmark oder 136 Milliarden Goldfranken ausmache. Nach dem Abkommen von Spa erhalte Frankreich 52 Prozent, also insgesamt 71 Milliarden. Für Pensionen gebrauche man 58 Milliarden, für die Schiffe 143 Milliarden, das mache im ganzen 201 Milliarden. Frankreich müsse also das Defizit decken. Wenn man die Forderungen nicht mobilisieren könne, dann könne man eben begreifen, wie man sage, daß der Sperling in der Hand besser sei, als die Taube auf dem Dache.

Lardieu prüfte sodann im einzelnen die Sicherheitsmaßnahmen und erklärte, die Finanzkontrolle sei das Plagiat des Friedensvertrages von Versailles. Wenn man, wie in dem Vertrage der vergangenen Woche Opfer bringe, müsse man auch Kompensationen erhalten. Die erhaltenen seien Illusionen, weil sie der Vertrag von Versailles schon vorsehe. (Ministerpräsident Briand will unterbrechen, Lardieu erklärt, er wolle keine Dialoge.) Auch die Sanktionen seien schon im Vertrage vorgesehen worden. Der Vertrag von Versailles setze auch die Errichtung eines Zollsystems in den Rheinländern fest. Lardieu kommt zu dem Schlusse, daß das Abkommen von Paris weder neue Garantien, noch neue Pfänder gebe, und prüft dann die Möglichkeit, die Forderungen zu diskontieren.

Die Solidarität der Alliierten bereite Schwierigkeiten, solange Amerika nicht teilnehme. Man verlasse nicht die ungeheure Größe der Rolle, die England im Kriege und im Frieden gespielt habe, oder seine Männer hätten nicht dieselben Gewohnheiten, zu denken, wie die Franzosen. Frankreich habe bis jetzt ein Opfer von 145 Milliarden gebracht, weil England die Herabsetzung der Forderungen für notwendig gehalten habe. Warum habe man nicht über die französische Schuld bei England, die 13½ Milliarden betrage, gesprochen? Wenn Lord George gesagt hätte, England habe 35 Milliarden Pensionen gezahlt, dann müsse man bedenken, daß es für Kriegskosten 30 Milliarden eingenommen habe.

Das Abkommen von Paris werde, wenn in 15 Jahren Deutschland alles bezahlt habe, einwandfrei dahin führen, daß man die Garantie durch die Besetzung des linken Rheinufer aufgeben müsse. (Der Abg. Baron ruft dazwischen: Sie wollen das linke Rheinufer ewig besetzen!) Je nach Maßgabe, wie uns der schlechte Wille der Deutschen dazu berechtigt, müssen wir die Pfänder behalten. Der Verlust dieser Garantie sei ernst. Denn alles, was Deutschland nicht bezahle, müsse Frankreich bezahlen. (Allgemeiner Beifall.) Lardieu sprach schließlich noch von der Möglichkeit der Schaffung eines Finanzkonsortiums und mußte alsdann seine Rede abbrechen, weil Ministerpräsident Briand erklärte, seine Pflichten zwingen ihn, die Sitzung zu verlassen.

Die Sitzung wurde dann auf Freitag mittag vertagt.

Niederlage der ungarischen Karlisten.

Eine Regierungskrise in Aussicht?

Budapest, 4. Februar.

Die Regierungspartei hielt gestern Abend eine Versammlung ab, in der es zu dem langerwarteten Zusammenstoß zwischen den Anhängern Karls IV. und den Abgeordneten kam, die den Erzherzog Karl für entthront erklären und die Wahl eines neuen Königs fordern.

Die Versammlung, in der es zu gegenseitigen Beschimpfungen kam, dauerte bis in die späten Nachtstunden und endete mit einer Niederlage der Karlisten, deren Standpunkt Ministerpräsident Graf Paul Teleky in einer längeren Rede vertrat.

Die Bauernabgeordneten hatten einen Antrag eingebracht, der die Regierung aufforderte, sich klar und deutlich auf den Standpunkt der freien Königswahl zu stellen, wogegen Ministerpräsident Graf Teleky den Gegenantrag einbrachte, die Partei möge die Königsfrage gegenwärtig nicht aufs Tapet bringen. Dieser Antrag wurde mit vier Stimmen Mehrheit niedergestimmt.

Die Folgen dieser Niederlage des Ministerpräsidenten in seiner eigenen Partei sind noch nicht abzusehen. Die Anhänger der freien Königswahl erklären eine Regierungskrise für unausbleiblich, während die Karlisten Andeutungen machen, daß eher die Nationalversammlung aufgelöst, als daß man den Antikarlisten nachgeben werde.

Amerika, die Welt und Deutschland.

Von

Erich v. Salzmann.

Es ist nicht so schwer wie in Europa, sich hier ein Urteil über die wirtschaftliche Lage zu bilden. Denn die Uniformität der Ansichten ist so unglaublich, wie ich es noch nirgends in dem gleichen Maße gefunden habe. Einer spricht wie der andere, gleichgültig, welcher Nationalität er ursprünglich angehört. Ohne mich damit zu identifizieren, möchte ich das wiedergeben, was mir Amerikaner, Deutsche und andere gesagt haben.

Der deutsche Handel ist vollkommen zerplatzt. In Zukunft wird es nur noch einen amerikanischen Handel in Amerika geben. Die deutsche Intelligenz hier und das deutsche Kapital sind amerikanisch geworden. Der einfache Deutsche hängt den Mantel nach dem Winde. Seine Enttäuschung über die Heimat kann gar nicht größer sein. Er wird auch in Zukunft keine Rolle als ideeller Faktor in den Beziehungen beider Länder spielen. Der Bindestrichler Wilsonscher Provenienz ist also verschwunden. Es ragen zwar noch immer einige Trümmer des alten Deutschtums in die neue Zeit. „Das Rezept“ für die Männer dieses Schlages ist die Ratifikation des Friedensvertrages. Ich habe den Eindruck, daß man nach der alten schlechten Sitte wieder einmal auf etwas hofft, das sich nachher als eine Enttäuschung erweisen wird. Kein Mensch kann wissen, was der kommende Präsident Harding wirtschaftlich vor hat und wie er die Beziehungen zu den fremden Ländern zu gestalten gedenkt. Der Faktor Harding ist hier durchaus gleichbedeutend mit der Unbekannten X der Gleichung. In den prinzipiellen Grundlagen des Handels zwischen Deutschland und Amerika wird der Tag des Friedensschlusses nicht der Wendepunkt sein, der nun mit einem Schlage alles zum Guten bringt, denn in den Beziehungen Deutschlands und Amerikas gibt es trotz des mit dem Mantelchen der Wohltätigkeit umkleideten augenblicklichen Interesses nur eine einzige Grundlage, und das ist die „Gegenseitigkeit“. Der Amerikaner schenkt nichts ohne Grund, wie er selbst auch nichts geschenkt haben will. Merkwürdig fremd scheint ihm in seiner bisherigen Isoliertheit noch der Gedanke weit vorausgehender Wirtschaftspolitik in fernen Ländern, die auch Ausgaben à fonds perdu einstellt.

Man muß hier unterscheiden zwischen Börse und Wirtschaft. Die Börse eilt hier der Wirtschaft weit voraus, sie ist nicht in demselben Maße der Ausdruck der Wirtschaft wie bei uns. Sie „macht“ die Wirtschaft mehr. Diese Börse ist zurzeit allen Beziehungen zu Europa gegenüber äußerst skeptisch gestimmt. Man will sich nicht weiter mit europäischen Werten vollsaugen und sich noch viel weniger in Europa selbst festlegen lassen. Gerade das sollte uns zur größten Vorsicht mahnen, und vor Ueberspannung der Hoffnung kann man nur warnen.

Es ist hier direkt möglich, die Interessen der Börse, das heißt der führenden Magnaten, die einzig und allein den amerikanischen Krieg gemacht und durchgeführt haben, zu klassifizieren. Aus Zwang kommt Frankreich zuerst in dieser Hinsicht, dann Italien, dann England, gegen welches man zurzeit nicht sehr freundlich gestimmt ist, aus Gründen, die in einem weiteren Artikel erörtert werden sollen. Frankreich und Italien sind Schmerzenskinder. Man hat hier ein bißchen das Gefühl, hineingelegt zu sein. Die investierten Kapitalien sind nicht so schnell realisierbar, wie man es eigentlich erwartet hätte. Gegenüber Deutschland kommt immer wieder das Gefühl der Enttäuschung in den Vordergrund. Man hat im Kriege zwar nichts investiert, aber die Nachkriegsleistung, die man erwartete, ist auch nicht im aller geringsten eingetreten. Man vergißt hier merkwürdigerweise vollkommen, daß Deutschland schließlich durch das Eintreten Amerikas mit Geld, Lieferungen und seinen Menschen in den Zustand gebracht worden ist, der heute hier so enttäuscht. Was man eigentlich nach fünf Jahren dieses furchtbaren Krieges von Deutschland noch erwartet hat, scheint in den amerikanischen Köpfen sehr unklar zu sein. Wir sagen hier viele Deutsche und Amerikaner im Tone des Vorwurfes: Wir haben die deutsche Mark und die deutsche Ware nach dem Kriege mit 12 Cent gekauft, heute ist die Mark 1½ Cent. Jetzt sitzen wir mit unseren Waren und unseren Anleihen und Noten da. Der Gradmesser der Liebe für Deutschland ist einzig und allein die Valuta.

Sieht man von den Kriegseingagements ab, so rangieren für die amerikanischen Interessen ganz vorn Mexiko, dann die mittel- und südamerikanischen Republiken, dann natürlich der ferne Osten, der aber eine Rolle für sich spielt. Ehe Deutschland kommt, zählen immer noch früher die Neutralen Europas, wie die Schweiz, Dänemark, Schweden, die zwar auch im Disagio zu U. S. A. leben und deren Angehörige auch ebenso stöhnen wie wir, die aber zurzeit alle auf der 8 v. S.-Basis gepumpt haben wollen. Man sieht auch sie hier gerade nicht mit besonders liebevollen Augen an. Auch Anleihen dieser in unseren Augen fest fundierten Länder haben hier keinen Markt beim Publikum und werden daher wohl mit der Zeit in die Emissionsländer zurückfließen. Sogar die amerikanischen Liberty-Bonds, Kriegsanleihen haben ein starkes Disagio, zurzeit 13 v. S. Der schlaue